



## **Positionspapier des dbb zur Rolle der Bildungseinrichtungen bei Demokratieerziehung und Wertevermittlung**

Das Erstarken populistischer, extremer bis extremistischer vermeintlicher Politikangebote, einhergehend mit zunehmender Politikverdrossenheit in Deutschland geben Anlass zur Sorge.

In Europa spielen Politikerinnen und Politiker eine immer größere Rolle, deren Demokratieverständnis nicht mit den in Deutschland als demokratischer Konsens geltenden Wertvorstellungen in Einklang steht. Die neue Tonart der erstarkenden Populisten im In- und Ausland verdeutlicht, dass Sachargumente und Faktenbasiertheit im Ringen um politische Zustimmung keine Selbstverständlichkeit sind. Diese Entwicklung wird durch die zunehmende Nutzung und der daraus resultierenden Bedeutung der sozialen Medien verschärft.

Umso mehr kommt der Aufgabe der Bildungseinrichtungen, jungen Menschen Demokratie zu erklären, demokratische Grundprinzipien zu vermitteln und sie dafür zu begeistern, herausragende Bedeutung zu. Es gilt immer wieder zu verdeutlichen, dass die historische Entwicklung Deutschlands zu einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat ohne unsere demokratische Grundordnung nicht möglich gewesen wäre. Dahinter steht die Erkenntnis, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist; sie musste in einem langen Prozess erstritten und will auch künftig verteidigt werden.

Demokratieerziehung ist eine zentrale Aufgabe für alle, die für junge Menschen Verantwortung tragen. Demokratie und demokratisches Handeln können und müssen erlernt und erlebt werden. Kinder und Jugendliche sollen Vorzüge, Leistungen und Chancen der Demokratie erfahren und erkennen, dass demokratische Grundwerte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz niemals in Frage gestellt werden dürfen.

Nur durch persönliche Erfahrung und eigenes Handeln kann Demokratie gelebt werden. Daher müssen Teilhabe und Selbstverantwortung möglichst in allen Lebenszusammenhängen erlernt und erfahren werden – auch und gerade in Familie, Kita und Schule. Dieses schließt das Wissen um die Strukturen unserer demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung im Unterschied zu diktatorischen und oligarchischen Herrschaftsformen ein.

Für die Bildungseinrichtungen folgt daraus, dass „Demokratielernen – und leben“ ein wesentlicher Bestandteil der pädagogischen Arbeit sein muss. Die Bildungseinrichtungen selbst müssen ein Ort gelebter Demokratie sein. Hier müssen die Würde der Menschen geachtet, Toleranz gegenüber anderen Menschen und Meinungen geübt, Regeln eingehalten und Konflikte gewaltfrei gelöst werden. Die



Beteiligung an Entscheidungsprozessen und deren große Bedeutung ist ein weiterer Grundstein gelebter Demokratie.

Im weiteren Verlauf der Bildungsbiographie sind Meinungs- und Pressefreiheit, politischer Pluralismus und freie Wahlen dem weltanschaulichen Wahrheitsanspruch, dem Machtmonopol einer Partei und der Unterdrückung von Opposition gegenüberzustellen. Die jungen Menschen sollen lernen, dass die Demokratie den Menschen die Möglichkeit eröffnet, für sich selbst und die Gemeinschaft Verantwortung zu übernehmen, während totalitäre Regime den Menschen der Verantwortung entheben und ihn zwingen, auch gegen besseres Wissen und Gewissen zu handeln.

Fundierte Kenntnisse unserer jüngeren Geschichte z.B. über

- die Basis unserer Grundrechte aus der Revolution von 1848,
- den Weg in den Ersten Weltkrieg,
- die Widersprüche der Weimarer Republik,
- die Beseitigung der Demokratie durch die Nationalsozialisten,
- die Spaltung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg,
- die Schaffung eines demokratischen Rechtsstaates in der Bundesrepublik und einer kommunistischen Diktatur in der DDR und
- die friedliche Revolution in der DDR, die zur Wiedervereinigung Deutschlands führte,

sind wesentlich. Sie müssen elementarer Bestandteil von Demokratieerziehung in allen Bildungseinrichtungen sein und bleiben.

Um diesen an die Bildungseinrichtungen gestellten Herausforderungen begegnen zu können, müssen Zeitressourcen für Projektunterricht, demokratische Schulentwicklung und die Umsetzung partizipativer Elemente bereitgestellt werden. Auch die Lehrerbildung muss stärker demokratie- und medienpädagogische Inhalte in allen drei Phasen und unabhängig vom studierten Lehramt und Fach aufweisen.

Stand: 15. Mai 2017